

Baustopp Antrag Düppel

"Öffentliche Verhandlung

Montag, den 28. Mai, um 9:00 Uhr

im Flughafen Tempelhof, Gebäudeteil am Tempelhofer Damm

Die Verhandlung für einen Baustopp auf dem Düppeler Feld findet am Montag, 9:00 Uhr vor dem "US-Gericht für Berlin" in Tempelhof statt. Sie können der öffentlichen Verhandlung beiwohnen.

In der mündlichen Verhandlung am Freitag vor dem Bundesrichter Stern wurden bereits die Fragen der Zuständigkeit des Gerichtes und die wiederholte Anwendung des Besatzungsrechtes erörtert. Der deutsche Anwalt und der Rechtsvertreter des Stadtkommandanten hatten Gelegenheit zur Stellungnahme. Dann setzte der Richter die Verhandlung für Montag früh fest.

Das Berliner Verwaltungsgericht hatte die Klageunterlagen bereits am 30. April an den Stadtkommandanten zur weiteren Veranlassung überwiesen. In der mündlichen Verhandlung stellte sich heraus, daß der Stadtkommandant sie nicht an das US-Gericht weitergeleitet hat.

Die Wählergemeinschaft unterstützt diese Klage, die sich gegen das Land Berlin richtet. Sie richtet sich keinesfalls gegen die Amerikaner, wie deutsche Politiker immer wieder behaupten. Bisher hatte die Klägerin kein zuständiges Gericht gefunden, weil deutsche Politiker das Bauvorhaben auf dem Düppeler Feld mal als deutsches mal als amerikanisches Bauvorhaben ausgaben.

Die Wählergemeinschaft unterstützt die Klage gegen die Bebauung des Düppeler Feldes,

- weil der gesetzlich vorgeschriebene Bebauungsplan nicht existiert und deutsche Behörden mit bemerkenswerter Unverfrorenheit geltendes Recht verletzen.
- weil die Verweigerung gerichtlicher Einspruchsmöglichkeiten eine schwerwiegende Verletzung unserer rechtsstaatlichen Prinzipien bedeutet.

Jeder, dem die Rechtsstaatlichkeit und außerdem die Erhaltung einer unersetzlichen Landschaft in unserer beengenden Stadtwelt etwas bedeuten, sollte den Abriß der begonnenen Gebäude und die Verlegung des Baugebietes auf die nördliche Seite des Königsweges begrüßen.

Wenn die gegen das Land Berlin klagende Anwohnerin jetzt vor dem "US-Gericht für Berlin" Recht bekommt, hat das Land Berlin das verbaute Geld vergeudet. Obwohl seit 11 Monaten gegen das ungesetzliche Projekt geklagt wird, haben die deutschen Behörden und Politiker rechtsstaatliche Prinzipien in den Wind geschlagen und weiter gebaut.